

## **Komitee für Grundrechte und Demokratie**

Aquinostr. 7-11, 50670 Köln

### **Koordination der Aktion "Ferien vom Krieg".**

Helga Dieter Flussgasse 8, 60489 Frankfurt

Tel. 069-7892525, mobil: 0172 693 2525, ubihedi@t-online.de, www.ferien-vom-krieg.de

## **PRESSEMITTEILUNG**

Frankfurt a.M./Köln, den 5. September 2007

### **Über 20.000 Kinder und Jugendliche aus verfeindeten Gebieten treffen sich bei der Aktion "Ferien vom Krieg"**

Zur Übernahme von Ferienpatenschaften für Jugendliche aus Krisen- und Kriegsgebieten spendeten im Sommer 2007 wieder mehrere tausend Menschen aus der Friedensbewegung. Viele sammelten bei privaten Feiern oder Benefizveranstaltungen, Gemeinden spendeten Kollekten, Schulklassen rannten bei Sponsorenläufen usw., um damit jungen Menschen eine Teilnahme an einem besonderen Ferienaufenthalt zu ermöglichen. Ob der 20.000te Gast des Projektes, das nun seit vierzehn Jahren Menschen verfeindeter Bevölkerungsgruppen zusammenbringt, in diesem Sommer aus Bosnien, Israel, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Palästina oder Serbien kam, spielt keine Rolle.

Anfänglich warnten EU- und UN-Vertreter sowohl in Bosnien als auch im Kosovo vor dem "Experiment", Jugendliche der verfeindeten Gruppen zu gemeinsamen Ferien einzuladen. In Israel/Palästina rieten zu Beginn der Zweiten Intifada selbst prominente Vertreterinnen und Vertreter der Friedensbewegung beider Seiten von solchen Graswurzelbegegnungen ab. Das könne zu unkontrollierbaren Gewaltausbrüchen auf beiden Seiten führen, wurde gemahnt.

Umso erstaunlicher ist das Resümee der Veranstalter: Es gab bei diesen 20 000 fachen "Begegnungen mit den vermeintlichen Feinden" keine einzige tätliche Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen der jeweiligen politischen Konfliktparteien. Damit ist ein Erweis erbracht, dass es in allen Krisen- und Kriegsgebieten junge Menschen gibt, die Verständigung suchen und für eine friedliche Zukunft zu Kompromissen bereit sind.

Dennoch sind diese Begegnungen keine "Friede-Freude-Eierkuchen" Veranstaltungen, sondern eine harte Anstrengung in stundenlangen workshops und nächtelangen Diskussionen. Zuhören lernen, die Perspektive der "Anderen" in Gesprächen oder Rollenspielen zu übernehmen, vitale Interessen zu verteidigen, trotzdem nachgeben zu können, sind soziale Fähigkeiten, die sich bei fast allen Teilnehmenden während des Aufenthaltes entwickeln.

Diese emotional und psychisch schmerzhaften Prozesse finden in einem geschützten Raum statt. Sie werden von Ausflügen und attraktiven Freizeitangeboten begleitet. Der langsame Abbau von Feindbildern gleicht einem Wechselbad der Gefühle, besonders dann, wenn er traumatische Verletzungen oder Existenzfragen berührt.

Viele dieser Begegnungen fanden mitten im Krieg statt (1994-1995 in Bosnien, 1999 im Kosovo, 2001 in Mazedonien, 2002-2007 in Israel/Palästina), aber auch in der Nachkriegszeit gibt es auf dem Balkan, neben existentieller Armut und Perspektivlosigkeit, immer wieder Krisen, die den fragilen Frieden erschüttern.

Im Kosovo wird gerade Öl in die Glut gegossen, weil "der Westen" die Unabhängigkeitsbestrebungen der albanischen Mehrheit unterstützt. Mit den folgenreichen

Konsequenzen, dass auch das benachbarte Mazedonien destabilisiert wird, da sich ein Teil der albanischen Minderheit dem "neuen Staat" anschließen will. Politische Kettenreaktionen bis nach Bosnien können folgen. Ein fragiler, gewaltsam aufrechterhaltener Frieden ist in Gefahr.

Trotz dieser explosiven Stimmung fuhren 30 jugendliche Albaner, Roma und Serben aus dem südlichen Kosovo gemeinsam nach Montenegro ans Meer. Sie machten nicht nur, wie die Gruppen in den Jahren zuvor, zusammen Urlaub, sondern diskutierten in friedenspädagogischen Workshops die Perspektiven einer gemeinsamen Zukunft. Eine Albanerin, eine Roma und eine Serbin bildeten das Leitungsteam - übrigens zum erstenmal ohne Beteiligung eines deutschen Koordinators, also ohne "neutrale Instanz".

In Neum, der bosnischen Enklave am Mittelmeer, trafen sich in vier Gruppen je 100 Jugendliche aus den drei Bevölkerungsteilen Bosniens, aus Serbien und aus Kroatien. Die Kontakte verliefen völlig reibungslos. Viele neue Freundschaften wurden geschlossen. Sowohl Jugendliche als auch die Betreuerinnen und Betreuer berichteten, dass in Bosnien unter der scheinbar friedlichen Oberfläche starke Spannungen zu spüren seien. Die verschiedenen Volksgruppen haben wenig Kontakte untereinander, Beziehungen zu den "Anderen" bezeichneten die Jugendlichen als extrem schwierig bis undenkbar. Die mögliche Unabhängigkeit des Kosovo bereitet vielen Menschen in Bosnien Sorgen, weil sie befürchten, dass dann der serbische Teil Bosniens, die Republik Srpska, ebenfalls in einem Referendum die Selbständigkeit fordern bzw. sich an Serbien anschließen könnte. Ein Betreuer schätzte im Interview die Situation ähnlich explosiv ein wie 1991.

Diese Gespräche machen deutlich, wie wichtig solche Treffen zwischen Jugendlichen im Hinblick auf eine friedliche Zukunft sind. Doch bleiben sie ein Tropfen auf dem heißen Stein, solange die westlichen Staaten Milliarden in die militärische Besetzung und Zwangsverwaltung stecken, dabei korrupte Eliten füttern, statt in die zivile Konfliktbearbeitung für eine friedliche Zukunft zu investieren.

Noch bedrohlicher ist das gigantische Aufrüstungsprogramm der USA im Nahen Osten. Der "Kampf gegen den Terror" traf auch das Projekt "Ferien vom Krieg". Zur Finanzierung von Ferienspielen für 200 Kinder aus Palästina überwies das Komitee am 22.06.07 mit dem Stichwort "summer-games" 8.000 USD an ein Jugendzentrum in Nablus/Westjordanland. Vier Tage später erreichte die Bank ein Schreiben aus New York, das Geld sei von den US-Behörden blockiert worden und läge in NYC.

Das Komitee konnte durch einen Vertrag beweisen, dass es sich um das vorher ausgehandelte Budget für die Ferienspiele handelte. Dieser Vertrag legt eindeutig fest, dass die Ferienspiele neben der Erholung der gewaltfreien Erziehung und Aussöhnung dienen sollten. Der Sachbearbeiter der Bank machte dennoch wenig Hoffnung, dass das Geld überhaupt oder in absehbarer Zeit frei gegeben werde. Offenbar gehöre Palästina nun zu den Gebieten, gegen die die USA Sanktionen verhängt hätten. Die USA kontrollierten alle internationalen Dollar-Überweisungen. Wenn das Geld in Euro überwiesen worden wäre, hätte es kein Problem gegeben, meinte der Beamte. Von der Jugendorganisation in Nablus erfuhr die Koordinatorin, dass eine Delegation erst kürzlich an einem Friedenscamp in den USA teilgenommen hatte und noch im Mai eine Zuwendung aus den USA auf das betreffende Konto gekommen sei.

Zwei Tage später (28.6.07) hörte die Koordinatorin in der "tagesschau" dass "Europa heute ... einwilligte, den USA auch die Daten internationaler Banküberweisungen zu überlassen. Die sollen zwar, wie die Passagierdaten, nur dem Kampf gegen den Terrorismus dienen, aber das ist für die Skeptiker eher das Problem. In dessen Namen hätten die USA schon anderes Recht gebrochen." Diese Meldung bedeutet, dass künftig auch keine Euro-Überweisungen ohne US-Kontrolle mehr nach Palästina gelangen. Nach zehn Wochen aufwändiger Beweisführung über den friedlichen Zweck des Geldes, kam dieses schließlich in Nablus an.

An diesem Vorfall wird die Macht und Willkür deutlich, die die USA als Weltpolizist bis hin zu Ferienspielen für die geschundenen Kinder in Palästina ausüben.

Mehr als 1000 junge Menschen aus Israel und Palästina sind seit 2002 nach Deutschland gekommen, um hier erstmals ihre "vermeintlichen Feinde" zu treffen, die manchmal nur wenige Kilometer entfernt leben, aber durch die politische Situation unerreichbar bleiben. Auch in diesem Sommer waren unter den 168 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wieder einige, deren Eltern oder Freunde nicht wissen durften, dass sie in Deutschland "die Anderen" treffen, da sie dann auch in der eigenen Familie als "Vaterlandsverräter" stigmatisiert und diskriminiert würden.

Die 81 palästinensischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Westbank hatten einen beschwerlichen Weg über Amman hinter sich. Zum ersten Mal wurden drei Mitglieder der Gruppe vom jordanischen Geheimdienst festgehalten und konnten nicht an dem Seminar teilnehmen. Dass einzelne Teilnehmende an checkpoints oder an der Grenze von der israelischen Grenzpolizei festgehalten wurden, ist in der Vergangenheit fast jedes Jahr vorgekommen. Dass nun auch jordanische Behörden Palästinenser mit ordnungsgemäßen Papieren, Einladung, Visum und ticket am Weiterreisen hindern, ist für uns neu, zeigt aber, welchen Schikanen die Palästinenser allgemein ausgesetzt sind.

Gegen Ende der Seminare, an denen israelische und palästinensische Jugendliche teilnahmen, wurden "Friedensverhandlungen" zwischen den Konfliktparteien simuliert. Dabei wurden die strittigsten Punkte (Grenzverlauf, Status von Jerusalem, Flüchtlingsfrage) nicht ausgeklammert, wie bei allen offiziellen Friedensverhandlungen bisher und erneut wieder bei der geplanten "Friedensinitiative" von US-Außenministerin Condoleezza Rice. Die "Parteien" im Friedensseminar verhandelten unter sich und mit der Gegenseite. Zum Schluss trugen die Delegierten die Ergebnisse der Öffentlichkeit (Pressekonferenz) vor. Die möglichen Kompromisse wurden nach langem Ringen und z.T. harten Auseinandersetzungen ziemlich detailliert ausgearbeitet. Hier seien einige friedenspolitische Grundsätze, die die Jugendlichen erarbeitet haben, kurz skizziert:

- Die Grenzen von 1967 sollen im Prinzip gelten, d.h., alle Siedlungen in der Westbank werden von Israel geräumt. Zum Fortbestand einzelner Siedlungen sind Kompromisse durch Landtausch denkbar.
- Ost-Jerusalem kann Hauptstadt von Palästina sein, West-Jerusalem kann Hauptstadt von Israel sein. Die Altstadt bleibt von beiden Staaten unabhängig, z.B. vorübergehend unter UN-Kontrolle. Alle Heiligen Stätten sind für alle zugänglich.
- Israel erkennt seine Schuld am Schicksal der palästinensischen Flüchtlinge an. Aber die Rückkehr aller Flüchtlinge zu ihren angestammten Orten ist für die meisten Israelis nicht akzeptabel, weil damit die Existenz Israels bedroht wäre. Sie sollen in dem neuen Staat Palästina eine Heimat finden (z.B. in den geräumten Siedlungen auf der Westbank) oder erhalten eine Entschädigung. Diese Vereinbarung wurde nicht von allen Palästinensern unterstützt, einige bestanden auf dem uneingeschränkten Recht zur Rückkehr der Flüchtlinge. Alle waren sich aber einig, dass auch dieses Problem mit internationaler Unterstützung gelöst werden kann.

Die ehrenamtlichen deutschen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Tausende von Spenderinnen und Spendern der Aktion "Ferien vom Krieg" sind sich sicher: Wenn junge Menschen aus allen Krisengebieten Gelegenheit zu "Ferien vom Krieg" hätten, wäre eine friedliche Welt in absehbarer Zeit möglich.

Helga Dieter